Protokoll

über die 24. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Grundsicherung der Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf am Donnerstag, dem 06.01.2005, in der Seniorenfreizeitstätte Hertha-Müller-Haus, Argentinische Allee 89, 14163 Berlin

---

Anwesende:	siehe Anwesenheitsliste
Beginn:	16.35 Uhr
Ende:	18:40 Uhr
Gäste:	siehe Anwesenheitsliste

Der Ausschußvorsitzende, Herr Bösener, begrüßt die Anwesenden.

TOP 1: **Öffentliche Bürger-Frage-Viertelstunde**

Es wurden keine Fragen eingereicht.

TOP 2: **Protokolle**

Die Protokolle der 22. und 23. Sitzung befinden sich beim Schriftführer bzw. Ausschussvorsitzenden. Sie werden zur nächsten Sitzung vorliegen.

TOP 3: **Besichtigung der Seniorenbegegnungsstätte anschließend Fragen/Absprachen (hierfür ist der Bezirksstadtrat für Bauen, Stadtplanung und Naturschutz um Teilnahme gebeten worden)**

Es fand eine Besichtigung der Seniorenbegegnungsstätte gemeinsam mit den zuständigen Mitarbeitern des Hochbauamtes, Herrn Nowak und Herrn Peters, statt. Während und im Anschluss an den Rundgang wurden Fragen der Ausschussmitglieder beantwortet.
Auf Nachfrage teilt Herr Bezirksstadtrat Stäglin mit, dass die Schlussrechnungen für die Baumaßnahme in ca. vier Wochen vorliegen werden. Die Baukosten werden sich im bekannten Rahmen bewegen.

Aus baurechtlichen Gründen wird der Raum im Spitzdach über der alten Seniorenfreizeitstätte als Abstellraum genutzt. Sofern sich im laufenden Betrieb Bedarf für eine andere Nutzung ergibt, werden sich die Fachabteilungen um eine Lösung bemühen. Grundsätzlich ist Lagerraum dringend notwendig, da beide Gebäudeteile nur teilunterkellert sind bzw. nur über einen Kriechkeller verfügen.

Die im Gebäude befindlichen Stufen konnten nicht vermieden werden, ohne erheblichen Mehrkosten zu verursachen, da beide Gebäudekomplexe unterschiedliche Höhen hatten und haben. Eine Niveauangleichung wäre nur mit hohen Kosten durch Abriß des Kellers des ehemaligen Büchereipavillons möglich gewesen. Eine mobile Rampe für eine behindertengerechte Verbindung ist vorhanden.

Bezirksstadtrat Wöpke bittet Frau Kutz, die Leiterin der Begegnungsstätte, und Frau Piosik, die Vorsitzende des Fördervereins, um eine kurze Berichterstattung über die Situation des Hauses seit der Eröffnung.

Frau Kutz berichtet, dass seit der Eröffnung des Hauses Ende November 2004 ca. 2000 Besucher gezählt worden sind. Die angebotenen Gruppenaktivitäten werden sehr gut angenommen. Es gibt insgesamt 50 Gruppen, die von 17 ehrenamtlichen Mitarbeitern und 10 Honorarkräften betreut werden. Der Küchendienst ist mit 19 ehrenamtlichen Mitarbeitern organisiert. Die Begegnungsstätte bietet vermehrt ein gesundheitsorientiertes Programm an.

Die Vorsitzende des Fördervereins, Frau Piosik, teilt mit, dass der Förderverein regelmäßig Tagesfahrten, Konzerte und ähnliches anbietet. Sie kann die von Frau BV Schmid-Petry vorgetragene Kritik an z. B. den Raumgrößen, der Diebstahlsicherung oder der Toilettenbenutzung nicht nachvollziehen. Bei den Planungen für den Umbau wurden im Vorfeld regelmäßig die künftigen Nutzerinnen und Nutzer beteiligt.

Herr BV Hampel bittet um Mitteilung, wie hoch die Baukosten speziell für das Spitzdach über der alten Seniorenfreizeitstätte sind.

Nach Auskunft des Hochbauamtes wurden die anteiligen Baukosten für das Spitzdach mit ca. 45.000,00 Euro errrechnet.

<u>TOP 4:</u> **Aktuelles zur Einführung des Arbeitslosengeldes II (SBG II/Hartz IV)**

Herr Imlau berichtet, dass als Immobilie für das Job-Center das Gebäude Birkbuschstr. /Schützenstr. ausgewählt wurde. Es müssen noch Umbauten vorgenommen werden, so dass der Umzug des Job-Centers in eine gemeinsame Immobilie erst im April/Mai 2005 erfolgen wird. Bis dahin gibt es den Standort am Händelplatz (Leistung, Beratung und Integration) und im Kreisel (nur Leistungsabteilung). **Er weist nochmals daraufhin, dass das Job-Center eine eigenständige Behörde ist.**

Herr Imlau gibt die aktuellen Statistikzahlen bekannt (4.233 Anträge verschickt, von den zurückgesandten etwa 2.700 bearbeitet und eingegeben, ca. 1.200 zwar bearbeitet aber noch nicht eingegeben, ca. 150 konnten wegen unvollständiger Unterlagen nicht bearbeitet werden). In Vorbereitung auf den ersten Publikumstag am 03.01.2005 wurden am 29.12.2004 die vorhandenen Akten aufgeteilt. Dabei ist aufgefallen, dass eine größere Zahl von Anträgen nicht in der Statistik erfasst worden sind. Wenn diese nacherfasst sind, wird sich der Antragsrücklauf von rund 65 % auf rund 80 % erhöhen.

Der in den ersten Tagen seit In-Kraft-Treten des SGB II erfolgte Publikumsansturm hatte unterschiedliche Gründe: Es kamen viele Antragsteller, die Fragen zu ihren Bescheiden hatten; Antragsteller, die entweder keinen Bescheid bzw. einen Bescheid und/oder keine Zahlung erhalten haben und Personen, die noch gar keinen Antrag gestellt hatten. Nach anfänglichen organisatorischen und technischen Schwierigkeiten haben die Verantwortlichen des Job-Centers eine umsetzbare Regelung zur Publikumssteuerung gefunden.

Alg II-Berechtigte, die noch keine Zahlung erhalten haben, erhalten in der Regel eine Abschlagszahlung in Höhe des Mietbedarfes und 2/3 des Regelsatzes. Diese Zahlungen werden als Barscheckzahlungen geleistet.

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Mitteilung, dass eine Zahl von über tausend Anträgen offensichtlich nach Bearbeitung nicht eingeben und zur Auszahlung am Jahresanfang vorbereitet waren, mit einigem Erstaunen zur Kenntnis. Kritisch wird vor allem nachgefragt, weshalb eine solche Menge von Anträgen unbemerkt über Wochen und Monate unauffindbar sein kann. Da Herr Bezirksstadtrat Wöpke noch keine endgültige Erklärung für diese Vorgänge geben kann, bittet der Ausschuss einvernehmlich darum, neben der zügigen Bearbeitung und Zahlung in diesen Fällen auch schnellstens den Grund für diese missliche Panne festzustellen.

Anschließend danken der Ausschussvorsitzende und die Mitglieder der CDU-Fraktion allen Mitarbeitern des Sozialamtes für deren unermüdlichen Einsatz anläßlich der Umsetzung von Hartz IV.

Herr Wöpke berichtet ferner, dass die im Jahr 2004 unbearbeiteten Anträge auf einmalige Beihilfen nicht mehr bewilligt werden können, da der Gesetzgeber keine Übergangsregelung vorgesehen hat. Er befürchtet eine Klageflut, sollte die zuständige Senatsverwaltung keine andere Regelung für das Land Berlin treffen.

TOP 5: **Finanzielle Situation/Sparmaßnahmen**

In der Bezirksamtssitzung am 01.02.2005 finden Gespräche zum Thema Budgetierung statt. Die Abteilung Soziales und Grundsicherung muss Einsparungen in Höhe von nahezu 700.000,-- Euro erbringen. Wird diese Einsparsumme aus Personalmitteln nicht erreicht, muss der weitere Ausgleich aus Sachmitteln erfolgen.

TOP 6: **Bericht aus dem Bezirksamt**

- Seniorenfreizeitstätte Ostpreußendamm 52

  Bezirksstadtrat Wöpke verteilt an die Ausschussmitglieder Informationsmaterial über die Investitionsplanung zur Seniorenfreizeitstätte Ostpreußendamm 52.

- Schließzeit des Sozialamtes

  Herr Imlau berichtet, dass der Fachbereich 3 in der Zeit vom 10.01.2005 bis 21.01.2005 geschlossen hat. Ein Notdienst wird organisiert. Die Schließzeit wird für die Aktenaufarbeitung der ca. 5800 geschlossenen Sozialhilfeakten (jetzt Anspruch auf Alg II) notwendig. Der Fachbereich 3 wurde von bislang 60 Sachbearbeitern auf 27 Sachbearbeiter reduziert. Eine Gruppenleiter-Stelle ist weggefallen.

TOP 7: **Verschiedenes**

Nächste Sitzung am 03.02.2005 um 16.30 Uhr im Rathaus Zehlendorf

Ausschußvorsitzender:	BV Bösener	
Schriftführerin:	BV Kühn	
Protokoll:	Frau Wansner	Berlin, den 25.01.2005